

Transformation und Demokratie

I. Vorbemerkung

Die vier Texte, die ich hier zusammengestellt habe, sind im Dezember 2020 und Januar 2021 im Zuge meiner Aktivitäten im Rahmen des FNPA entstanden. Sie sollen dort in weitere gemeinsame Arbeiten einfließen. Ein wichtiger Anknüpfungspunkt für mich war zweifellos die Debatte zu *Arbeit und Demokratie*, mit der wir im Forum im Herbst 2018 unsere eigenen, steckengebliebenen Versuche neu beleben wollten, mittels der wir seit der Weltfinanzkrise versucht haben in den deutschen Gewerkschaften Resonanzen für unsere Denkanstöße zu einer *neuen Wirtschaftsdemokratie* Resonanz zu erzeugen. Wir haben damals allen Anlass gesehen, die Anstrengungen der SP Schweiz hierzulande bekannt zu machen und selbst aufzugreifen, die darauf zielen Wirtschaftsdemokratie zu einem potenziell Hegemonie fähigen sozialdemokratischen Reformprogramm zu machen (Martens 2019).

Im Jahr 2019 hat dann die amerikanische Philosophin Elizabeth Anderson mit ihrer Kritik des Unternehmens als einer *privaten Regierung*, in der *Arbeitgeber über unser Leben herrschen* für die Debatte zu *Arbeit und Demokratie* einen weiteren starken Impuls gegeben. Ich habe im Rahmen meiner publizistischen Arbeiten versucht, den für mein Buch unter eben diesem Titel (Martens 2020a) zu nutzen. Darin habe ich praktisch-politische Anknüpfungspunkte hierzulande im Licht neuerer empirischer Forschung diskutiert und dies mit der philosophisch vertiefenden Überlegungen zu der Frage verknüpft, weshalb die Linke hierzulande diesem Thema vergleichsweise wenig Aufmerksamkeit zugewandt hat. Zugleich habe ich das Thema in den Zusammenhang einer umfassenderen Herrschaftskritik gerückt. Es war mir darum zu tun, die längst erkennbare Krise unserer repräsentativen Demokratie nicht nur im Hinblick auf die privatrechtlich verfasste, politisch aber überaus bedeutsame Sphäre von Arbeit und Wirtschaft als eine nur „halbe“ Demokratie zu kritisieren, sondern die sich hier anbietende Herrschaftskritik auch im Hinblick auf unser herrschaftlich geprägtes Naturverhältnis sowie auch die Geschlechterfrage auszuweiten.

Zu beobachten war dann im Verlauf des letzten Jahres, dass die vor schon ca. zehn Jahren von Hands-Jürgen Urban angestoßene Debatte um die Herausforderung zur Schaffung einer neuen Mosaiklinken (vgl. Urban 2013, insbesondere S. 249-276) im Rahmen der durch *Fridays for Future* massiv gewachsenen gesellschaftlichen Aufmerksamkeit für eine drohende Klimakatastrophe als Debatte um neue Allianzen zwischen Gewerkschaften und Ökologiebewegung neue Impulse bekommen hat. Gesucht wurde nach Antworten auf eine *ökosoziale Zangenkrise* (vgl. Dörre 2020). Auf der Online-Tagung *Transformation und Demokratie* - gemeinsam organisiert vom *Forum Neue Politik der Arbeit*, der *Kooperationsstelle der TU-Berlin* sowie dem Netzwerk *Mitte der Regionalen Netzstellen Nachhaltigkeit* (RENN-Mitte) – stand eben diese Frage im Zentrum der Veranstaltung. Auch der Umstand, dass die Herausgeber des *Jahrbuchs Gute Arbeit* im Jahrbuch 2021 *Demokratie in der Arbeit* als thema-

tischen Schwerpunkt gewählt und die Frage aufgeworfen haben, steht im Zusammenhang dieser Entwicklungen.

Mithin konnten wir uns im FNPA in der Wahl unserer Schwerpunktsetzung bestätigt sehen, die wir im Herbst 2018 vorgenommen haben. Folgerichtig gehen wir den hier aufgeworfenen Fragen dort unter anderem im Rahmen einer *Arbeitskreises Arbeit und Demokratie* weiterhin intensiv nach. Die Texte, die ich hier unter den Titel *Transformation und Demokratie* präsentiere, sind als Inputs für diese Debatte entstanden – parallel zu einigen publizistischen Aktivitäten (Martens 2020b und 2021). Ob ich für die Thesen zu *Arbeit und Demokratie nach Corona* sowie zur *Corona-Krise als Brennspeigel, als Risiko und Chance* am Schluss dieser Textzusammenstellung noch andere Veröffentlichungsmöglichkeiten suchen werde und finden kann, ist offen.

II. Transformation und Demokratie – ein Tagungsbericht

Die Online-Tagung *Transformation und Demokratie* fand am 15.01. 2021 statt. Veranstalter waren das *Forum Neue Politik der Arbeit* (FNPA), die *Kooperationsstelle der TU-Berlin* sowie das Netzwerk *Mitte der Regionalen Netzstellen Nachhaltigkeit* (RENN-Mitte). Über sechs Stunden verteilt gab es zwei Podiumsdiskussionen mit bis zu 150 Teilnehmer*innen und dazwischen eine Arbeitsgruppenphase mit sechs Arbeitsgruppen und insgesamt ca. 130 Teilnehmer*innen. Auf den beiden Podien diskutierten u.a. Repräsentanten aus Wissenschaft (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Universität Jena, TU-Berlin), aus Gewerkschaften (IG Metall, ver.di, IGBCE) von Fridays for Future und vom Rat für nachhaltige Entwicklung RNE).

Alle an der Debatte Beteiligten stimmten darin überein, dass unsere Gesellschaft in einer global immer enger miteinander verflochtenen Welt dramatischen Herausforderungen gegenübersteht. Ob das Zeitfenster angesichts eines drohenden Endes des Anthropozän nur noch 8 bis 9 Jahre oder aber noch nahezu 50 Jahre offen steht, wurde nicht näher erörtert. Es ging vielmehr darum, für die Zeit ‚nach Corona – die als menschengemachte Pandemie selbst Teil der bedrohlichen ökologischen Krisenentwicklungen ist – Klarheit über grundlegende neue Orientierungen und Ansatzpunkte für neue Allianzen zu finden. Angesichts des Durchschlagens der ökologischen Krisendrohungen auf Kernstrukturen der Wirtschaft bestand Einigkeit darüber, dass man auf der Suche nach tragfähigen Antworten ökologische und soziale Nachhaltigkeit zusammendenken müsse.

Weitgehende Übereinstimmung bestand auch darin, dass erfolgversprechende Lösungsschritte nur gelingen werden, wenn sie im Zuge einer beteiligungsorientierten Weiterentwicklung unserer repräsentativen Demokratie gedacht und erprobt werden. Transformation und Demokratie seien deshalb im untrennbaren Zusammenhang zu sehen. Im Blick waren mithin das bestehende politische Institutionengefüge einerseits und neue soziale Bewegungen andererseits – allerdings wohl mit unterschiedlicher Gewichtung. In Zeiten gewachsener Unsicherheit seien aber in jedem Fall, so der Tenor der Diskussion, neue Orientierung nur im ‚Zusammenspiel‘ des ‚Oben‘ und

‚Unten‘ unserer Gesellschaft möglich. Es bedürfe des Nachdenkens über andere Orientierungen bei den Eliten und zugleich der Mobilisierung des Laien-Expertenwissens der Menschen, denen sie neue Orientierungen anbieten müssten. Verbunden damit war die zum Teil nachdrücklich vertretene Auffassung, dass es auch um Weiterentwicklungen unserer repräsentativen Demokratie selbst gehen müsse – sei es durch den Ausbau vorhandener Institutionen, sei es durch die Schaffung neuer.

Die Radikalität, in der in diesem Rahmen Position bezogen wurde, war sicherlich unterschiedlich. Dass und wie neue sozialen Bewegungen wie Fridays for Future einen raschen und grundlegenden Kurswechsel fordern, mag sich von Auffassungen unterscheiden, die stärker im Kontext bestehender Institutionen und der sozialen oder politischen Interessen handeln, die über sie geltend gemacht werden. Auch mögen Wissenschaftler*innen die Beharrungskraft bestehender Institutionen möglicherweise nüchterner ins Kalkül ziehen.

Die einen haben so in den Podiumsdiskussionen vor allem Reformschritte in bestehende Institutionen gefordert – sei dies nun die Mitbestimmung oder seien es die demokratischen Parteien unserer repräsentativen Demokratie. Folgerichtig lag ihr Akzent auf Impulsen und Innovationen innerhalb des bestehenden Institutionengefüges – etwa in Bezug auf Qualifizierungsprozesse oder technologische Innovationen. Die anderen haben auf soziale Bewegungen und neue Allianzen durch einen Labour-Turn bei den Ökologen, einen Climate-Turn bei den Gewerkschaften und auf wechselseitige Offenheit und Toleranz gesetzt, um so den gesellschaftspolitischen Druck erzeugen zu können, der die Akteure in den bestehenden Institutionen wirklich zu einem grundlegend neuen Nachdenken veranlasse. Ihr Akzent lag auf alternativen Vorstellungen eines guten Lebens und dem Erfordernis neuer politischer Handlungs- und Institutionalisierungsprozesse. Stichworte dazu waren: kommunale und betriebliche Öffentlichkeit, regionale Industriepolitik und Nachhaltigkeitsräte. Vor allem sie haben die große Konfliktträchtigkeit einer öko-sozialen Transformation betont und die Forderung nach grundlegenden neuen Orientierungen als Frage nach gesellschaftlicher Hegemonie aufgeworfen.

In dem auf dieser Tagung aufgespannten Rahmen ging es so mit unterschiedlicher Gewichtung um die aktive Beteiligung der Wirtschaftsbürger*innen am politischen Prozess einer transformatorischen Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft. Nicht nur der ‚klassischen Raum politischer Öffentlichkeit‘ sondern auch die Sphäre von Arbeit und Wirtschaft wurden dazu als bedeutsam erachtet. Schon ‚diesseits‘ möglicher und unumgänglicher transformatorischer Prozesse ist die Kooperation der Arbeitenden ja unverzichtbar. Über deren Stärkung mittels erweiterter und institutionell befestigter demokratischer Rechte aber könnte das Laien-Expertenwissen der abhängig Beschäftigten viel systematischer erschlossen werden. Die Schulung und Entfaltung politisch bedeutsamer Urteilskraft im Hinblick auf eine sozialere Gestaltung einer Gesellschaft jedoch, die heutzutage so komplex geworden ist, dass durchaus mit Gründen von systemisch gewordenen Prozessen gesprochen wird, ist

dann noch einmal eine hinzukommende Herausforderung, an der weiter gearbeitet werden muss. Sie ist nur in einem neuen ‚Zusammenspiel‘ veränderter sozialer Prozesse im ‚Unten‘ und ‚Oben‘ der Gesellschaft vorstellbar, und das wohl nur im Ergebnis längerer tentativer Such- und Lernprozesse.

Die Diskussionen auf dem Podium – und gleichermaßen die Stellungnahmen und Fragen der Teilnehmer*innen im parallel eingerichteten Chatroom – haben gezeigt, dass das breite Spektrum von Handlungsansätzen, zu dem diese Tagung einen intensiven Erfahrungsaustausch ermöglicht hat, in hohem Maße als anregend empfunden worden ist. Die Organisatoren der Veranstaltung planen eine Dokumentation von Beiträgen und Debatten der Tagung – sicherlich verknüpft mit weiterführenden Fragen und Überlegungen.

III. Notizen und Kommentare zum Jahrbuch Gute Arbeit 2021 – Demokratie in der Arbeit. Eine vergessene Dimension der Arbeitspolitik?

1. Übersicht

Gegliedert ist der Band in vier Hauptteile:

- (1) *Demokratisierung als Schlüsselaufgabe*** mit zwei Beiträgen der beiden Herausgeber H.-J. Urban und C. Schmitz. Es geht um *demokratische Arbeitspolitik für ein neues Entwicklungsmodell* und um *die demokratiepolitische Agenda der Guten Arbeit*, also darum, dass *Gute Arbeit* ein Programm zum Abbau von Herrschaft in der Arbeitswelt ist, die Demokratiefrage der Forderung nach guter Arbeit also inhärent sei.
- (2) *Beiträge aus der Wissenschaft*** mit drei Beiträgen von Dieter Sauer und Richard Detje, von Nicole Mayer-Ahuja und von Sarah Nies. In ihnen geht es um Demokratie und Demokratisierung in Zeiten von Krise und Digitalisierung/digitaler Transformation.
- (3) *Demokratisierung der Arbeit-Ansätze aus gewerkschaftspolitischer Sicht*** mit insgesamt sechs Beiträgen. Es geht um *Phantasie und Handlungsmacht als Voraussetzung einer Demokratie-Offensive* (D. Hensche) und dann um unterschiedliche Schwerpunktsetzungen – vom sozialökologischen Umbau und der Wirtschaftsdemokratie (M. Beckmann/U. Wötzel) über Mitbestimmung (C. Ehlscheid), die Digitalisierung (K. Jerchel) bis zum Arbeitsschutz (A. Fergen/D. Neumann)
- (4) *Beiträge aus der Praxis – „Demokratische Arbeit“ in der Bewährung*** mit insgesamt acht Beiträgen. Auch hier ist das Spektrum sehr breit. Es geht u.a. um den Zusammenhang von Zeit und Demokratisierung (H. Wagner), um Agilität als Chance und Herausforderung für Demokratisierung (N. Müller/C. Wille) oder um Ansatzpunkte am Beispiele eines Konzerns (Telekom, A. Schmidt/F. Sauerland) oder einer Branche (Automobilindustrie.M. Ehrlich/(J. Sittel), oder um Handlungsansätze bei Gefährdungsbeurteilungen in Zeiten der Corona-

Pandemie (U. Faber/R. Satzer) oder im Falle fragmentierter Plattformarbeit (H. Heiland) oder auch bei drohender digitaler Entmachtung (M. Laßhof)

Ich werde mich im Folgenden auf jeweils knappe Bemerkungen zu einigen ausgewählten Texten beschränken, will den Notizen und Kommentaren zu meiner Textauswahl aber noch eine kurze Vorbemerkung voranstellen.

2. Vorbemerkung

Nach erster, sehr flüchtiger Durchsicht - Einleitung, Aufsatz von H.-J. Urban, Durchsicht diverser Beiträge in Bezug auf die jeweils zitierte/verarbeitete Literatur - war ich ein wenig skeptisch und zur genaueren Lektüre nicht sonderlich motiviert. Das hatte kurz gefasst drei Gründe. (1) Mir begegnete die bekannte gewerkschaftliche Diskussion, und es kam das Gefühl auf: das bewegt sich auf den gewohnten Pfaden und ist so ein bisschen eine Art ‚schmoren im eigenen Saft‘. (2) Dabei wird, wie überzeugend formuliert auch immer (H.-J. Urban), der Zusammenhang von kapitalistischer Krise, hinzukommender Pandemie und Forderung nach einem neuen Entwicklungsmodell dargelegt und das mündet dann in die bekannten gewerkschaftlichen Dilemmata. (3) Ein wenig war ich auch darüber frustriert, dass zum Thema Arbeit und Demokratie das FNPA im Grunde nicht auftaucht. (Auch zu Wirtschaftsdemokratie gibt es keinen Hinweis auf unsere zahlreichen Veröffentlichungen. Bei Hilde Wagner ist mein jüngstes Buch zum Thema in die Literaturliste aufgenommen, aber es gibt keinen Bezug darauf im Text.)

Diesen ersten Eindruck habe ich dann bei der Lektüre des Beitrags von C. Schmitz zu korrigieren begonnen, denn dessen Argumentation, dass *Gute Arbeit* immer schon eine demokratiepolitische Agenda beinhaltet, war nicht nur gut zu lesen. Ich fand die Argumentation dazu, dass und wie abhängig Beschäftigte immer Herrschaft unterworfen sind, anregend und gut belegt (von Hugo Sinzheimer über die Bayrische Verfassung zu den Freiburger Thesen der früheren FDP) und erfreulicher Weise auch mit der Feststellung verknüpft, dass „direkte Basisbeteiligung“ erst in diesem Jahrhundert zu einem orientierenden Leitbild der Gewerkschaften geworden ist. Betont wird dann auch der Umstand, dass es hier immer um „eine Veränderung von Macht- und Herrschaftsverhältnissen in Betrieb und Gesellschaft“ geht. Gut fand ich auch, dass und wie hier immer von *abhängig* Beschäftigten die Rede ist.

Dieser positivere, mich zur Lektüre motivierende Eindruck hat sich beim weiteren Lesen nur zum Teil fortgesetzt. Auf der einen Seite habe ich auch in Beiträgen, die ganz in der Kontinuität vorausgegangener Veröffentlichungen stehen (Detje/Sauer z.B.) z.T. neu Anregendes gefunden – aber auch einige ‚Leerstellen‘ und begriffliche Unschärfen, die sich aus meiner Sicht durchhalten¹ Auch ist mir -

¹ Das gilt z.B. für die in mehreren Beiträgen durchgängige – und aus meiner politikwissenschaftlichen Sicht problematische Verwendung des Begriffs der *Interessenpolitik* (siehe Fn. 3) oder die Aussparung der mangelnden Orientierung unserer Gewerkschaften auf eine *Neue Politik der Arbeit*

schon bei den Beiträgen aus der Wissenschaft, dann aber auch bei den Praxisbeiträgen - sehr schnell klar geworden, dass ich mittlerweile doch schon ganz schön weit von frischer arbeits- und industriesoziologisch aufbereiteter Empirie entfernt bin. Auch deshalb, weil ich da einige Lücken schließen konnte, finde ich das Buch für mich unter dem Strich lohnend. Auf der anderen Seite bin ich aber auch mehrfach gerade im Hinblick auf meine Erwartung an für mich ergiebige Berichte aus der Praxis enttäuscht worden – und bei denen, die da empirisch gehaltvoll sind, bin ich von dem ‚stillschweigenden‘ Pragmatismus ernüchtert, der sie aus meiner Sicht immer wieder kennzeichnet, weil sie mit den radikalen Analysen der Einleitungsbeiträge nicht wirklich vermittelt sind.

3. Beiträge aus der Wissenschaft

1. **R. Detje und D.Sauer** skizzieren einleitend die Krisenetappen, die die Entwicklung in diesem Jahrhundert kennzeichnen und das Verhältnis von Ökonomie und Politik verändert haben (vom, Ende des New-Economy-Hype über die Weltfinanzkrise bis zur Corona-Krise heute). Die These dazu lautet: *Nach langen Phasen der Abwertung steckt in der gegenwärtigen Krisenentwicklung zumindest die Chance der Neuaufwertung von Arbeit* (S. 64). Gestützt auf qualitative Befragungen von Gewerkschaftsmitgliedern, Vertrauensleuten und Betriebsräten (2010, 2013, 2018) findet man Thesen zur Entwicklung eines arbeitsweltlichen Krisenverständnisses zwischen 2009 und 2020. (1) rasches Verblässen der Erfahrung der großen Krise 2008/9, (2) :im betrieblichen Alltag gilt angesichts von Restrukturierungsprozessen in Permanenz: *Krise ist immer*, und (3) die entsprechenden Krisen und Krisenerfahrungen *werden schlimmer* (zunehmende Arbeitsverdichtung, wachsende Kontrollverluste etc. (S. 66ff). Dazu wird *geschultes Betriebsratshandeln* im Blick auf Beschäftigungssicherung und Gesundheitsschutz konstatiert, zugleich aber auch festgestellt: *Ökonomische Richtungsentscheidungen scheinen auf einem nicht nur schwer zugänglichen, sondern auch gleichsam entfremdeten Terrain getroffen zu werden, auf dem man sich, weit außerhalb der betriebsrätlichen Kernkompetenz nicht auskennt..* Es gelte deshalb *die Grenzen eingefahrener Praxen offen zu thematisieren - um sie überschreiten zu können* (S. 69) Aber auch in Bezug auf den Betriebsalltag gilt: 49% der BR ist die strategische Ausrichtung der U-Politik nicht bekannt, 30% nur teilweise; und auch *an die Abstiegsprozesse, Kontrollverluste und Zukunftsängste von Teilen der Beschäftigten* kommt das *betriebsrätliche und gewerkschaftliche Alltagsgeschäft nicht hinreichend heran.*² Bei so weiter fortgesetztem interes-

² Gegenüber den Befunden aus den 10 Fallstudien der letzten empirischen Untersuchung, an deren Auswertung ich mich noch einmal aktiv beteiligt habe (*Betriebsräte zwischen Prävention und Innovation*, Katenkamp u.a. 2018 – Erhebungen 2014-2016) ist das weiter zuge-spitzt, aber aus meiner Sicht durch die Empirie dieser DoFAPP-Untersuchung (online bei HBS) im Wesentlichen gedeckt.

senpolitischem Pragmatismus drohe den Gewerkschaften in der Transformationskrise Legitimationsverlust (S.70).³

Dagegen, und gegen die *digitale Transformation der Arbeit mit den markt-orientierten Steuerungsformen der Unternehmen* wird auf *Demokratisierung von unten* gesetzt. *Verständigungsprozesse untereinander* und *Arbeitspolitik als strategische Schlüsselressource* könnten eine *mächtige demokratische Ressource sein*.⁴ Sie könne dazu beitragen, *die Bedeutung der Gewerkschaften als Demokratiebewegung zu profilieren*.

2. **Nicole Mayer-Ahuja** hat einen lesenswerten knappen Beitrag beigesteuert. Über Bemerkungen zum schwierigen Verhältnis von Kapitalismus und Demokratie sowie zu E. Andersons These von der demokratisierungsbeürftigten „*privaten Regierung*“ kommt sie zu einem knappen Überblick zu den arbeitspolitischen Herausforderungen der Digitalisierung - und zeigt zuvor, dass es *die* Digitalisierung nicht gibt, indem sie die unterschiedlichen Facetten umreißt, in denen sie sich geltend macht. Schwerpunkte ihrer Argumentation sind dann: (1) eine scharfe Kritik des Technikdeterminismus, der die Debatte beherrsche, (2) eine ähnlich scharfe Kritik des lähmenden Bedrohungsszenarios von Digitalisierung als Jobkiller sowie (3) eine ähnliche Argumentation wie im voranstehenden Beitrag (unklare Unternehmensstrategien, mangelnde Beteiligung, die Erschwerung demokratischer Mobilisierung bei ungewisser Zukunft und der wachsende Druck auf die Beschäftigten). Unter der Schlussfrage *Was tun?* finde ich die Stichworte: *Gegenstrategien entwickeln*, mit *Streit um Demokratie ansetzen*, wo *Widersprüche sich zuspitzen*, *aufrechter Gang* und *Entfesselung von Phantasie* (Verweis auf den Beitrag von D. Hensche) und die These, dass die Corona-Krise, wie schon die Weltfinanzkrise 2008 zeige, dass keine Politik alternativlos ist, eine *demokratische Arbeitspolitik* die Aufgabe sei⁵

³ Transformation bezieht sich hier vermutlich – so definiert bei N Mayer-Ahuja (S. 82, Fn2) auf *Digitalisierung, die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle, Globalisierung, die Neugestaltung von Wertschöpfungsketten, Dekarbonisierung, Elektromobilität*. Mit dem Begriff der *Interessenpolitik* habe ich unverändert meine Probleme. Politik ist für mich, mit Hannah Arendt, das *Übersteigen von Interessen*, nachdem diese, klar artikuliert, in den politischen Prozess eingebracht worden sind. Dann geht es um das Finden neuer Lösungen, die Partialinteressen verknüpfen können - und nicht einfach um Kompromisse. Hinter *Interessenpolitik* vermute ich dem hingegen immer noch das Fortwirken eines nicht zu Ende gedachten Verständnisses von ‚objektiven‘ Klasseninteressen. D. Hensche hat in seinem glänzenden Beitrag zu diesem Jahrbuch nicht nur die *Falle vorschnell verallgemeinerter Interessen* (S 110) völlig zu Recht mit großem Nachdruck betont. Ich denke das liegt auf der Linie meiner hier nur knapp skizzierten Vorbehalte.

⁴ In dem Zusammenhang ist dann von *solidarischer Interessenpolitik* die Rede. Unbehandelt bleibt – wie auch in früheren Veröffentlichungen - das Problem, dass für Mobilisierung für Demokratie unten, Orientierungsleistungen von oben wichtig sind.

⁵ Diese Forderung – verbunden mit Jeremy Corbins Satz *for the many, not the few* – macht freilich deutlich, dass hier das arbeitspolitische Nach- und Vorausdenken erst richtig einsetzen müsste.

3. **Sahra Nies** schließt mit ihrem Beitrag *Eingehegte Autonomie und Perspektiven der Demokratisierung* direkt an – im Wesentlichen auch mit den gleichen Begrifflichkeiten (Interessenpolitik). Im Zentrum stehen empirisch die *Probleme der digitalen Transformation des Betriebes*. Ich beschränke mich auf die Schlussfolgerungen, die ein wenig weiterführend sind: *Beteiligung sei nicht die Lösung. Es geht darum sie interessenpolitisch einzubetten und zu begleiten. Zu beobachten sei, (1) dass die Beschäftigten dazu tendieren, potenzielle Auswirkungen der digitalen Transformation zu unterschätzen und (2) dass es an eigenständigen Zielformulierungen auf Seiten der Beschäftigten und oft auch der Betriebsräte fehle.* (S.99f).⁶

Interessanter sind dann aber die drei Thesen zu *Anknüpfungspunkten für Demokratisierungsperspektiven* (S.100ff): (1) *Die Grenzen, der Gestaltbarkeit, mit denen Beschäftigte im konkreten Arbeitsprozess konfrontiert sehen, begrenzen zugleich auch die Möglichkeit, größere Zusammenhänge zu sehen.* (2) *Für den Anstoß einer Demokratisierung ist es unumgänglich, die Dominanz von Sachzwangargumenten aufzubrechen* Hier könnten, so ihre Argumentation, nicht nur *Gerechtigkeitskonflikte*, sondern vor allem *Rationalitätskonflikte* Empörung der Beschäftigten hervorrufen, weil sie *die ureigene Rechtfertigungslogik der Unternehmen durchbrechen* (kurzfristige Rendite oder nachhaltige Alternativen). (3) *Nicht zuletzt – und unabhängig von Digitalisierungsprozessen – formulieren Beschäftigte in ihrer Arbeit Ansprüche, die über den Horizont ihres eigenen Wohlergehens und über das materielle Reproduktionsinteresse hinausgehen.* (Autonomie nicht als Selbstzweck, nicht nur beruflicher Stolz, sondern Orientierung an Gebrauchswerten, Chancen für eine sozialökologische Transformation).⁷

4. Ansätze aus gewerkschaftspolitischer Sicht

1. **Detlef Hensche** liefert aus meiner Sicht den wohl besten Beitrag dieses Jahrbuchs.⁸ Er ist fundiert und reißt arbeitspolitisch mit (lesen!). Hier schreibt einer, der als Gewerkschafter gelernt hat, *Arbeitspolitik* zu machen. Die Zwischenüberschriften machen den Gang der Argumentation sichtbar: Es geht um **Vo-**

⁶ Man wundert sich ein wenig, dass die Gewerkschaften hier nicht genannt werden, aber der Untertitel des Beitrags *Probleme der digitalen Transformation des Betriebes* hat diese ‚Eingeführung wohl vorbereitet.

⁷ Dennoch, und all dies akzeptiert: In jedem Fall fehlen hier wieder die Gewerkschaften, bzw. Überlegungen zu deren politischem, Mandat – zumal Detje/Sauer in ihren Befragungen die gewachsene Distanz zu Politik und Staat hervorheben (S. 71). Und es wäre gut gewesen, wenn durchgängig in allen drei Beiträgen von den *abhängig* Beschäftigten die Rede wäre – die Forderung nach Demokratie also gegen die Abhängigkeit gerichtet wäre.

⁸ Was mich nach dem Interview, das Dieter mit ihm - nach unserer Entscheidung im FNPA *Arbeit und Demokratie* zu einem Leitthema zu machen - geführt hat, in keiner Weise überrascht.

oraussetzungen einer Demokratie-Offensive, gerade auch unter den aktuellen Bedingungen (Corona-Krise). **Öffentliche Güter** werden als **ein Unterpfand für Wohlstand und Demokratie** kenntlich, Weiter geht es unter dieser Überschrift um *Eigenverantwortung und Demokratie in der Arbeit*; die gerade zu Zeiten der Corona-Pandemie im Gesundheitswesen sichtbar und öffentlich anerkannt werden; aber *ein Lump, der dies vergisst und der Anerkennung keine Taten folgen lässt* (S. 109). Bei der Behandlung **der Fundamente und Stufenfolge der Mitbestimmung** wird klar ausgesprochen, dass es um *Wirtschafts- und Sozialräte seit langem still geworden* und dass *die Mitbestimmung am Arbeitsplatz in Vergessenheit geraten* ist (S. 109f). Vor allem aber spricht er klar aus, dass die einzelnen abhängig Beschäftigten *bei Strafe von Sanktionen betrieblicher Herrschaft unterworfen* sind – und dass dies *der Preis der, im internationalen Vergleich, komfortablen repräsentativen Interessenvertretung* (Mitbestimmung) ist. Es geht also um **Freiheit und aufrechten Gang**. Doch da ist nicht zu vergessen, dass *auch die lebendigste Basisdemokratie (...) nicht gegen die Versuchung gefeit ist, dominante, aber partielle Ziele für das Ganze zu nehmen* (S.111). Deshalb geht es bei **Klimaschutz und demokratischem Umbau** um den *Nerv unserer sozialen Existenz* – und der *Begriff der Transformation klingt eher wie eine euphemistische Umschreibung der existenziellen Dramatik* (S. 112). Also Skepsis gegenüber dem herrschenden Krisenkorporatismus und die Forderung nach einer neuen *Konversationsadebatte*, nicht am Schreibtisch sondern mittels Belegschaftsbeteiligung. Die Argumentation mündet in Überlegungen zu einer **demokratischen Landnahme**, gewiss als *Utopie, aber nicht ohne Wege der Annäherung* – etwa unter Hinweis auf den bemerkenswerten Rücklauf der IG Metall-Befragung zu Arbeitszeitpräferenzen (2018) auf die *Entzauberung der betrieblichen Hierarchie* durch den im Streik vollzogenen *Akt der Selbstbestimmung* (S. 115)⁹ oder den abschließenden Hinweis darauf, dass *im Kampf um Stellenpläne und Entschleunigung Freiräume qualitätsbewusster und selbstbestimmter Arbeit zurückerobert* werden (S. 116).

2. **Martin Beckmann** und **Uwe Wötzel** folgen mit einem Beitrag zu **Sozialökologischem Umbau und Wirtschaftsdemokratie**.¹⁰ Auf die Forderung, Nachhaltigkeit und Wirtschaftsdemokratie zusammenzudenken¹¹, folgt hier die gewohnte gewerkschaftliche Diskussion zum Thema. Sie setzt ein mit **Wirtschaftsdemokratie in Unternehmen und Betrieb**, also zunächst mit der Mitbestimmung als *erster Ebene*. Sie sei auszubauen. Erst als *zweite Ebene* folgt

⁹ Das waren einmal Hintergrundüberlegungen bei den Streikuntersuchungen, mit denen ich in den 1970er Jahren meine Wissenschaftlerlaufbahn begonnen habe.

¹⁰ Im Kontrast zu dem vorausgegangenem Artikel von D. Hensche fällt das Gewohnte, also die übliche Stufenfolge, die bei der Mitbestimmung ansetzt, besonders auf. Dass es hier um eine Debatte geht, die *an den Nerv unserer sozialen Existenz* rührt, ist nirgends zu spüren.

¹¹ Mit Hinweis auf die steckengebliebenen Debatten um eine *erneuerte Wirtschaftsdemokratie* nach der Weltfinanzkrise, aber leider ohne Bezug auf unsere FNPA-Debatte um *Neue Wirtschaftsdemokratie* im Kontext einer *Neuen Politik der Arbeit*.

die *direkte demokratische Beteiligung der Beschäftigten*. Danach folgen Überlegungen zur *Ausweitung betrieblicher Demokratie*, u.a. mit Bezug auf Franziska Wiethold 2019 (aber nicht pointiert hinsichtlich des Problems der Verallgemeinerung von Interessen). Damit geht es dann um **Wirtschaftsdemokratie über Unternehmen und Betrieb hinaus**. Regional- und strukturpolitische Ansatzpunkte, gewerkschaftliche Forderungen und *Zukunfts- und Konversionsfonds* (Die Linke) werden angesprochen, ebenso Erfordernisse *gesamtwirtschaftlicher Steuerung* und *europäischer Koordination*. Die Argumentation wird abschließend auf den **Kontext globaler Arbeitsbeziehungen** ausgeweitet. Die Ansätze, auf die hier verwiesen werden kann (z.B. Forderung nach einem Lieferkettengesetz) sind spärlich. Der Beitrag endet entsprechend abstrakt mit der Forderung nach der *grundlegenden Umgestaltung unserer Wirtschaft* (Alexandria Ocasio-Cortez).

3. **Christian Ehlscheids** Beitrag zu **Mitbestimmung in der Transformation** habe ich nur überflogen. U. a. ausgehend von der jüngeren Industriesoziologischen Diskussion zur *Erosion der institutionellen Mitbestimmung* geht es im Kern um die derzeitigen *rechtlichen Grenzen der Mitbestimmung* und dann darauf bezogen um *Elemente einer gewerkschaftlichen Demokratisierungsstrategie*. Als deren *Kern* werden gewerkschaftliche Forderungen zur Erweiterung von Mitbestimmungsrechten aufgelistet (bei der Personalplanung, bei Befristung und Leiharbeit, bei Betriebsänderungen) ¹² Es ist mir schon klar, dass diese Abfolge der Beiträge mit ihrer jeweiligen Schwerpunktsetzung so gewollt ist – es folgen dann Beiträge zur Mitbestimmung in der digitalen Arbeitswelt oder zu einer demokratischen Arbeitsschutzpolitik in Zeiten von Corona, auf die ich nicht mehr im Einzelnen eingehe – aber mir begegnet dabei sozusagen immer der gleiche ‚Subtext‘: im Alltag ist der Ausgangspunkt immer die bestehende Mitbestimmung. Aktive Beteiligung der Beschäftigten ist ihr nach- und zugeordnet, unternehmensübergreifende Ansätze sind *zu guter Letzt* als Fernziele wichtig. Dass *Arbeit und Demokratie* als Leitidee eines offensiven Konzepts auf den *Nerv unserer sozialen Existenz* zielen, wird in diesen Beiträgen nicht mehr sichtbar – und so oft auch auf D. Henschel *demokratische Landnahme* Bezug genommen werden mag, dass die vor dem Hintergrund einer Geschichte der Mitbestimmung versucht werden muss, die *eine Geschichte zurückgenommener Ansprüche* ist,¹³ taucht hier nicht auf.

¹² Der *Kern* ist also m.E. aus unserer Perspektive auf eine *Neue Politik der Arbeit* falsch gesetzt. In dessen Zusammenhang ist aber immerhin an einer Stelle (S. 135) von einer *gewerkschaftlichen Mobilisierungs- und Aktivierungsstrategie* die Rede, *die Betriebsratsgründungen vorantreibt und Beschäftigte aktiv in einen gewerkschaftlichen Aktions- und Handlungszusammenhang integriert*. Im abschließenden Ausblick gibt es dann noch Hinweise auf die *der Form, nach despotische* Leitung der Betriebe und die *private Regierung* (Marx Anderson), sowie *zu guter Letzt* auch auf die überbetriebliche Ebene.

¹³ So D. Henschel in einem Beitrag für das historisch-kritische Wörterbuch des Marxismus, die Hilde Wagner später in ihrem Beitrag zu *Arbeit und Zeit* zitiert (S. 199, Fn. 7).

5. Beiträge aus der Praxis

1. **Hilde Wagners** Beitrag zu **Arbeit und Zeit** leitet recht weit ausholend diesen Abschnitt ein, der insgesamt acht Beiträge umfasst. Die Ausgangsthese ist, dass für Neuansätze gewerkschaftlicher Politik *Zeit und insbesondere Arbeitszeit eine bedeutende Rolle* spiele. Nach Jahrzehnten kämen die Gewerkschaften hier wieder aus ihrer Defensive heraus - mit möglichen *Folgewirkungen weit über Aspekte eines neuen Zeitmanagements hinaus* (S.192) Zunächst einmal aber gelte: *ein umfassender Transformationsdruck verlangt Zeit für Beteiligung*. Exemplifiziert wird das anhand der fortschreitenden Digitalisierung. Transformation wird hier also wohl auch im Sinne der Definition von Nicole Mayer-Ahuja (S. 82) verstanden. Es geht um eine ‚*aktivierende Transparenz*‘ im Zuge dieser Digitalisierung. Die beiden folgenden Beiträge zu *Agilität als Herausforderung für eine Demokratisierung von Arbeit (Nadine Müller/Christian Wille)* und zu *Betriebsratshandeln in agilen Strukturen (L.Salomon)* geben daran anschließend einen ganz guten Überblick über (1) Arbeits- und Industriesoziologische Forschung zum Thema, (2) gewerkschaftlich Projekte und Befragungen von Beschäftigten sowie (3) gewerkschaftliche Überlegungen und Forderungen zur Stärkung der betrieblichen Interessenvertretungen im Hinblick auf die Aufgaben, die sich hier stellen.

Der Beitrag von *Hilde Wagner* informiert dann im weiteren ein wenig über die *IG Metall-Kampagne Mein Leben – meine Zeit* mit zwei großen Beschäftigtenbefragungen (2013 und 2017). Die Mobilisierung der Beschäftigten sei beeindruckend gewesen (S. 195) und die hohe Bedeutung, die sie der Arbeitszeit zugemessen hätten, verweise auf gewachsenen Leistungsdruck (S. 196). Die durch Corona verschärfte ökonomische Krisenentwicklung habe weitere Ansatzpunkte *für weitergehende Forderungen* geschaffen, *um beschäftigungssichernde Wirkungen nachhaltig abzusichern*. Ein wirkungsvolles Einmischen in Fragen von Qualifizierung, Personalentwicklung, nachhaltiger Unternehmensentscheidungen und alternativer Produktentwicklungen erfordere, so dazu das Fazit; *eine Ausweitung der rechte von Betriebsräten und Beschäftigten, die sich u.a. aus dem Mitbestimmungsrecht und dem Betriebsverfassungsgesetz ergeben. Zur gegenwärtigen Reichweite und notwendigen Erweiterung verankerten Rechte einen neuen Diskurs und eine neue Initiative zu entwickeln, ist – neben der Weiterentwicklung der Arbeitszeitinstrumente zur beschäftigungsasicherung und für mehr Zeitwohlstand – Das Gebot der Stunde* (s. 199) Es folgen dann noch ein *Exkurs zur Erweiterung der Mitbestimmung* sowie einige Bemerkungen zu *Demokratisierung der Arbeit und Wirtschaftsdemokratien* mit Bezügen zu D. Henschkes Forderung nach *demokratischer Landnahme aus eigener Kraft*, da kein *gütiger Gesetzgeber zu erwarten* sei sowie zu H. J. Urbans Forderung nach *breiten Reformallianzen mit zivilgesellschaftlichen Initiativen*.

2. **Einige Bemerkungen zu den folgenden Beiträgen**

Auf einige der folgenden Beiträge habe ich schon verwiesen. **N. Müller/C. Wille** und von **A. Schmidt/F. Sauerland** haben Aufsätze beigesteuert, in denen

Gewerkschafter*innen aus der Praxis über gewerkschaftliche Handlungsansätze berichten, hier insbesondere in der IKT-Branche. Sie sind für diejenigen von Interesse, die sich mit diesem Themenfeld beschäftigen. Man findet hier sozusagen Berichte über *die Mühen der Ebene*. Für mich als Wissenschaftler waren sie lesenswert.. Der Beitrag von **L. Salomon** liest sich ähnlich, ist also nach meinem Eindruck ein ähnlicher Praxisbericht, nun aber unter dem Blickwinkel, wie Betriebsratshandeln in, oder in Bezug auf agile(n) Strukturen gestaltet werden kann. Ich habe im Jahrbuch aber keine Angabe zum Autor gefunden –und im Artikel keine konkreten Bezüge auf Betriebsratspraxis.¹⁴

Erwartungsvoll war ich dann insbesondere im Hinblick auf die Beiträge von **M. Ehrlich und J. Sittel** zur *Krise der Automobilindustrie als Gelegenheitsfenster für eine beteiligungsorientierte Industriepolitik* sowie von **H. Heiland** zu *fragmentierter Plattformarbeit und die Hürden und Möglichkeiten der Interessenvertretung in Plattformökonomien*. In beiden Fällen bin ich enttäuscht worden. Es handelt sich um Beiträge von jungen (Nachwuchs)Wissenschaftler*innen. Sie werfen also ‚von außen‘ einen Blick auf den sie jeweils interessierenden Gegenstandsbereich. Geschrieben sind die Beiträge zweifellos auf dem Stand der akademischen Debatte, allerdings auch geprägt durch den jeweiligen akademischen Kontext. Auch sind sie ein klein wenig akademisch geschrieben.¹⁵ Was die in den Beiträgen ausgebreitete Empirie anbelangt, so findet man jeweils Blicke auf spezifische und begrenzte Ausschnitte, weshalb die Repräsentativität der präsentierten Befunde ungewiss ist, worauf auch verwiesen wird.

Für einen Arbeits- und Industriesoziologen wie mich, der seit bald zehn Jahren aus dem empirisch gerichteten Forschungsgeschäft heraus ist – abgesehen von einem kurzen Einblick in frische Empirie meiner alten Forschungsgruppe in den Jahren 2015/2016 -, der die wissenschaftlichen Debatten aber noch selektiv verfolgt, ist der Neuigkeitswert der Beiträge gering.

6. Schlussbemerkung

Ich habe in meiner Vorbemerkung in ganz knapper Form die ambivalenten Eindrücke umrissen, sie sich gleich zu Beginn bei meiner Lektüre eingestellt und die mich dann auch weiter begleitet haben. Ich will darauf noch einmal in einer Schlussbemerkung zurückkommen.

Die Frage, die ich mir nach ihrer Lektüre der *Berichte aus der Praxis*, dann aber auch nach der des Buches insgesamt, gestellt habe, lautete zunächst einmal: was heißt es eigentlich, dass zu solchen hoch bedeutsamen „Zukunftsfeldern“ gewerkschaftlicher

¹⁴ Geprüft habe ich das erst, nachdem ich bemerkt habe, dass die späteren Beiträge zu zweiperspektivisch sehr wichtigen und mich deshalb stark interessierenden Branchen keine Berichte von Praktikern aus der Praxis sind, wie die Überschrift zu diesem Abschnitt suggeriert. Siehe dazu wie weiteren Bemerkungen.

¹⁵ Bei Ehrlich/Sittel nimmt so zum Beispiel der Rückbezug auf den Jenaer Kontext (Machtressourcenansatz) im Verhältnis zu dem, was empirisch präsentiert wird, einen sehr großen Raum ein,

Arbeitspolitik die Berichte aus der Praxis, anders als im Titel dieser Gruppe von Beiträgen suggeriert wird, nicht von Gewerkschaftspraktikern geschrieben werden? Wie beurteile ich das im Kontext eines Gesamtbildes von diesem Buch?

Darüber nachdenkend bin ich dann zu dem Schluss gekommen, dass dieser Gesamteindruck für mich vor allem von Folgendem geprägt wird:

- (1) Ich finde gute, oder sogar sehr gute, ja mitreißende Artikel zu Beginn des Buches, oder einzelner seiner Abschnitte, die das heute immens Herausfordernde des Zusammenhangs von Arbeit und Demokratie unterstreichen. Wir setzen im FNPA den richtigen themenschwerpunkt.
- (2) Darauf folgend finde ich dann drei Beiträge von gewerkschaftsnahen Wissenschaftler*innen, die das seriös unterlegen, dabei aber bei der Frage nach Handlungsperspektiven, die diesen Herausforderungen gerecht werden sollen, bereits recht verhalten argumentieren.
- (3) Im weiteren folgen dann Praxisberichte, die – bewusst zugespitzt formuliert – angesichts von Entwicklungen, die derzeit *den Nerv unserer sozialen Existenz* treffen und deshalb unsere Gewerkschaften zu einer *Demokratie-Offensive* herausfordern müssten (D. Hensche), letztlich immer mehr oder weniger pragmatisch von den gegebenen (noch) institutionell befestigten Grundlagen der Mitbestimmung in Betrieb und Unternehmen ausgehen – und dabei eigentlich kaum einmal systematisch reflektieren, dass die vermeintliche *Erfolgsgeschichte der Mitbestimmung eher als eine Geschichte zurückgenommener Ansprüche* begriffen werden müsste,¹⁶ ihre Geschichte - und deren vorherrschende gewerkschaftliche Interpretation - also in der notwendigen Schärfe erkennen lassen.

Das bestätigt mich in meinem durchaus ernüchterten Blick auf die gegenwärtige gewerkschaftliche Praxis, wie auch auf die Debatten, die innerhalb unserer Gewerkschaften angesichts der Herausforderungen der Zeit geführt werden. Und dieser ernüchterte Blick hat Konsequenzen für meine Einschätzung der Perspektiven einer *Mosaiklinken* oder, so H. J. Urban in diesem Buch, der *Gründung und Stärkung von handlungsfähigen Allianzen, die den Pfadwechsel nach links drängen*. Ich habe diesen ernüchterten Blick, infolge dessen ich unsere Gewerkschaften derzeit nicht als die treibende Kraft für das Angehen dieser *Schlüsselaufgabe* erkennen kann, zuletzt in meinem Aufsatz *Die Corona-Krise als Störung des »Weiter-so« oder als Impuls neu und anders zu denken* (Sozialismus10/2020) ausführlich dargelegt. Nach meiner Lektüre des *Jahrbuchs Gute Arbeit 2021* sehe ich mich darin bestätigt – und gleich-

¹⁶ Dass die Mitbestimmung Erosionsprozessen unterliegt, ist ja ein Gemeinplatz und wird in mehreren Beiträgen angesprochen. Doch nur Hilde Wagner hat die richtige und sehr kritische Einschätzung D. Henschkes immerhin angetippt, dass diese Mitbestimmung von unseren Gewerkschaften im Zweifel schöngeredet wird, um dann mit konkreten Forderungen weiter an sie anzusetzen. Im Historiker Arbeitskreis der HBS – aber das ist ja eine akademische Veranstaltung, die weit genug von der Praxis weg ist –, ist immerhin in einem Arbeitspapier der Kommission „Erinnerungskulturen der sozialen Demokratie“ von Bernhard Gotto (2019) gut fundiert gefragt worden, ob es sich bei dem MitbestG'76 um einen *schön geredeten Misserfolg* handele.

ermaßen in meiner Einschätzung der Schwierigkeiten, die wir als FNPA damit haben, mit unseren begrenzten Kräften innergewerkschaftlich etwas größere Resonanzen zu erzeugen. Selbstverständlich gilt es, diese Bemühungen beharrlich fortzusetzen. Mit vielleicht doch noch wachsenden Erfolgsaussichten geht das aber nach meiner Überzeugung nur, wenn wir diese Herausforderung in eins mit der erforderlichen Leidenschaft, aber auch Nüchternheit angehen.

IV. Arbeit und Demokratie nach Corona – 12 Thesen

1. Corona ist als *menschengemachte* Pandemie, als *zoonotische*, vom Tier auf den Menschen übersprungene Infektion, nicht einfach eine Naturkatastrophe. Mit ihr ist in neuer, sehr spezifischer Form eine Reproduktionskrise des Kapitalverhältnisses, die in eher abgeleiteten Lebensbereichen globaler Arbeitsteilung ausgebrochen (Martens 2020). Und sie ist in einer gesellschaftlichen Entwicklungsphase ausgebrochen, die allen ernst zu nehmenden Analysen zufolge durch multiple Krisenentwicklungen gekennzeichnet ist, die sich im letzten Jahrzehnt zu immer höheren ‚Problemwolken‘ aufgetürmt haben. Wir sind mit massiven ökologischen, ökonomischen, sozialen und politischen Krisenentwicklungen konfrontiert. Mit unserer ökologischen Verantwortungslosigkeit hat die menschengemachte Corona-Pandemie sicherlich zu tun. Wie jede Krise ist die Corona-Krise zugleich Risiko und Chance.
2. Eng miteinander verschränkt sehen wir uns großen ökologischen Herausforderungen und einer immer deutlicher einer drohenden Klimakatastrophe gegenüber (Lesch/Kamphausen 2016). Wir erleben das Ende der industriekapitalistischen Wachstumsdynamik (Zinn 2015), während wir uns zugleich auf das Ende einer langen Welle der Konjunktur zubewegen. Die Folge sind u.a. fortschreitende soziale Spaltungsprozesse – innerhalb einzelner Staaten wie auch global (Freeland 2013, Piketty 2014). Viel spricht dafür, dass die Corona-Pandemie diese sozialen Spaltungsprozesse weiter verschärfen wird (Bischoff/Müller 2020). Wir sind im Zeichen dieser Entwicklung zugleich Zeitzeugen der Erosion der alleinigen globalen Vormachtstellung der USA, vielleicht des „Sinkfluges oder Absturzes des Adlers“ (Wallerstein 2004), mit neu anwachsenden geopolitischen Konfliktpotenzialen in der Folge. Und wir erleben in den sogenannten fortgeschrittenen westlichen Staaten, ebenso wie in wichtigen Schwellenländern, eine Krise der repräsentativen Demokratie (Martens 2021).
3. Man kann die so ganz grob umrissene dramatische Entwicklung auch so zusammenfassen, dass man konstatiert, dass es dem Kapital - bzw. den herrschenden Eliten, die von ihm profitieren und zugleich meinen, es durch ihr Handeln ökonomisch, sozial, politisch weiterhin beherrschen zu können – zunehmend schwerer fällt, den globalen Zusammenhang von Ökonomie und Politik noch so aufrechtzuerhalten, dass sie den Menschen weiter ungebrochen

Zuversicht vermitteln können. Oder in anderen Worten: das neoliberale Projekt, auf das sie im Ausgang der 1970er Jahre zu setzen begonnen haben, ist wirklich im Begriff zu scheitern, weil das Fehlen ermutigender Perspektiven angesichts zunehmend als bedrohlich empfundener Krisenentwicklungen und -Szenarien einer wachsenden Zahl von Menschen nicht länger entgeht.

4. Diese Weise der Zusammenfassung der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen in ihrem neoliberal entfesselten, mittlerweile zunehmend prekären Zusammenhang ist zunächst einmal abstrakt. Aber sie nicht einfach eine intellektuelle Spielerei oder ein neuer Versuch, zu zeigen dass die Analysen des ‚alten Marx‘ noch immer Erklärungskraft haben oder gar hohe Aktualität. Denn nur vor ihrem Hintergrund wird ganz verständlich, weshalb wir im Forum neue Politik der Arbeit meinen, *Arbeit und Demokratie* sei gerade jetzt ein Thema von großer, aktueller Wichtigkeit. Und wenn man dann versuchen will, konkrete Lösungswege zu der Frage aufzuweisen, ob und in welcher Weise die Corona-Pandemie als eine Krise, die aktuell noch hinzukommt, Risiken nochmals vergrößert, oder vielleicht auch Chancen neu eröffnet, dann braucht man Klarheit.
5. *Arbeit und Demokratie* ist das Label, unter dem wir nun im Forum seit gut zwei Jahren Herausforderungen zu einer Demokratisierung von Arbeit und Wirtschaft diskutieren. Impulse dazu gaben uns Debatten aus der SP Schweiz. Wirtschaftsdemokratie als Ziel, das soll sie stärken im öffentlichen Streit um Mehrheiten der Bürger*innen (Wermuth/Zwicky 2017; Martens 2019). Hierzulande waren wir nicht gerade erfolgreich. Doch Demokratisierungspotenziale ‚Neuer Arbeit‘, die waren und sie sind für uns der Ausgangspunkt. Und gerade merken wir: damit sind wir Teil einer breiteren Debatte, in die wir uns noch aktiver einbringen wollen. Und von manchem Optimismus ist die dann geprägt (Herzog 2020). Auch die Gewerkschaften betonen hierzulande die Bedeutung der gesellschaftlichen Arbeit. Aus ihr gewinnen die abhängig Beschäftigten ihr Selbstwertgefühl, sie birgt und schafft das Potenzial zur Emanzipation. Um das zu sichern, setzen unsere Gewerkschaften auf alte, schwer erkämpfte Rechte. Die institutionalisierte Mitbestimmung in Unternehmen und Betrieben nehmen sie zum Ausgangspunkt für weitergehende Forderungen (Meine u.a. 2011, Hirschel 2020). Doch zugleich sehen sie sich in der Defensive. Die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, sie sind für sie nicht gut.
6. Zum einen entspricht dem die Einsicht in die Folgen einer Entwicklung, die schon lange währt in dem durch ein neoliberal geprägtes Denken vorangetriebenen „Spiel des Lebens“ (Schirmmacher 2013). Da geht es um Prozesse unserer Individualisierung. Zusammenarbeit und Solidarität haben darin kaum noch großen Stellenwert gehabt (Sennett 2014) – jedenfalls bis zur Corona-Krise. Zum anderen erleben die, die auf ihre Arbeit angewiesen, also abhängig beschäftigt sind, dass und wie ihnen Eigenverantwortung aufgezwungen wird

– allerdings zu Bedingungen, die sie selbst letztlich in keiner Weise wirklich kontrollieren können; und das ist dann ihr Problem. Gegen sich selbst richten sich letztlich immer wieder die Folgen einer Eigenverantwortlichkeit, weil die entscheidend eingeschränkt gedacht und aufgenötigt ist. Die Folgen der Entwicklungen richten sich am Ende gegen Ansprüche und Erwartungen an ‚Gute Arbeit‘ letztlich gegen die an ein selbstbestimmtes Leben.

7. Es ist bemerkenswert, dass parallel zu solchen Trends, zeitlich vor Corona, eine neue Debatte angestoßen worden ist. Sie kommt aus Ländern, die besonders wirtschaftsliberal geprägt sind, ‚angelsächsischer Kapitalismus‘ lautet dafür der eingeführte wissenschaftliche Begriff. Dort fand man für das Direktionsrecht, wie es in großen Unternehmen und Konzernen praktiziert wird, einen treffenden Begriff. Eine „private Regierung“ sei es, die dort herrsche. Und die wird nun in aller Schärfe kritisiert. Die philosophische Kritik führt zu der These, die alte Hoffnung von Adam Smith auf die Befreiungskraft der freien Märkte, von ihm formuliert noch vor Beginn der großen ersten industriellen Revolution, sei gerade in deren Folge als irreführend kenntlich geworden. Die Rede ist von einer ‚großen Umkehrung‘ angesichts derjenigen Bedingungen, unter denen heute alle arbeiten. Genau betrachtet habe die dazu geführt, dass ein Freiheitsversprechen - für das Bürgertum, gegen die Adelsherrschaft seiner Zeit - heute zur Legitimation von Herrschaft diene über abhängig Beschäftigte in großen Unternehmen und Konzernen (Anderson 2019).

8. Es ist angezeigt, an dieser Stelle im Blick auf die spätere Marxsche Theorie – die der Entfaltung des Kapitalverhältnisses in der Folge von erster und von zweiter industrieller Revolution - noch einmal auf recht abstrakte und theoretische Weise nachzudenken. Worauf man stößt, ist dann der Begriff des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters. Wie Oskar Negt und Alexander Kluge (1981) ganz zu Recht geschrieben haben, bezeichnet dieser Begriff „den Scheitelpunkt der politischen Ökonomie des Kapitals“. Denn mit ihm verknüpft stellt sich die Frage, ob und wie denn die „lebendige Arbeit“ sich in die Lage versetzen könne, sich anders zu organisieren als unter der Kommandogewalt des Kapitals – oder eben „privater Regierungen“. Zu beachten aber ist: dieser Gesamtarbeiter ist ‚keine Klasse an sich‘, aus der die Geschichte, einer ihr innewohnenden Logik folgend, die ‚Klasse für sich‘ werden lassen wird. Sie ist vielmehr die Entfaltung lebendiger menschlicher Vermögen – freilich aus unserer ganzen, viel früher und viel tiefer herrschaftlich geprägten Gattungsgeschichte heraus. Was wir Menschen daraus machen können, ist offen. Es gibt Gründe zur Skepsis und zur Zuversicht, wie Richard Sennett (2014) zeigt. Jedenfalls aber ist, blickt man so weit zurück, die Herausforderung, das Verhältnis von *Arbeit und Demokratie* anders und besser zu gestalten, sehr wichtig und sehr aktuell; doch es geht dann zugleich auch über die Herrschaft zwischen den Geschlechtern, um Herrschaftlichkeit in unserem Verhältnis gegenüber der Natur.

9. Damit ist eine große Schwierigkeit benannt, der linke Politik sich stellen muss. Von den Überlegungen in der voranstehenden These 8 her lässt es sich verstehen, weshalb es so schwer ist, Alternativen zu der Weise, wie wir arbeiten und leben zu entwickeln. Denn die ist ja institutionell befestigt unter der abstrakten Herrschaft eines Kapitalverhältnisses, das nach den bürgerlichen Revolutionsbewegungen - erst in England, dann mit den großen Revolutionen in den USA und in Frankreich - zunehmenden Raum für seine Entfaltung erhalten hat. Mit ihm verknüpft ist das Ende persönlicher Abhängigkeitsverhältnisse feudaler Herrschaft, also die Durchsetzung neuer Freiheiten. Dennoch ist es uns fast selbstverständlich, privat regiert zu werden jeden Arbeitstag, uns als Teil einer Gesellschaft anzusehen von Freien und von Gleichen und zugleich - so wäre das wohl hierzulande präziser zu beschreiben - bei unserer Arbeit allenfalls konstitutionelle Rechte einzufordern, also Rechte vergleichbar denen, die seinerzeit dem Bürgertum von den Monarchen in Form der konstitutionellen Monarchie zugestanden worden sind. Und uns ist gleichermaßen selbstverständlich, dass Einzelne im Rahmen anerkannter Regeln, die sie für sich geltend machen können, in nur wenigen Jahrzehnten Multimilliardäre werden können, die dann auch fast keine Steuern zahlen, so wie dereinst der Adel. Derzeit bricht so ein neues „Gilden Age“ an, für eine winzig kleine Minderheit, so wie es vor weit mehr als hundert Jahren am Beispiel der USA nicht Karl Marx sondern Mark Twain und Charles Dudley Warner (2010) beschrieben haben.
10. Wonach wir auf der Suche sind, sind also neue „Spielregeln“ – und es gibt keinen, der sie so einfach denken könnte – gleichsam, „aus dem Hut zu zaubern“ in der Lage wäre. Und leider ist es eben auch nicht so, dass sie sich aus dem Lauf der Zeit fast wie von selbst ergeben. Neue Arbeit mag ja neue Chancen schaffen, doch daraus gilt es erst, etwas zu machen. In politischen Debatten zu solchen Fragen mögen Intellektuelle vielleicht dazu beitragen, dass wir uns Fragen stellen, die wirklich weiterführend sind. Und die politischen Debatten, wirklich öffentlich geführt, könnten wir dann dazu nutzen, konkrete Ansatzpunkte auszumachen für wirkliche Veränderung aus einer Mehrheitsperspektive, der der lebendigen Arbeit. Und dann ginge es darum, Mehrheiten davon zu überzeugen, dass und wie politisch praktisch Schritte eingeleitet werden können, Experimente sozusagen, um einen Weg zu finden, zu einem Leben, das Zusammenarbeiten und -leben sichert und weiter sich entfalten lässt – nachhaltig in allen Dimensionen, die da wichtig sind, ökologisch und politisch, ökonomisch und sozial.
11. Bedenkt man diese hohen Hürden und diesen Weg, der mühsam ist, ist es ja nicht überraschend, wenn angesichts von der Corona-Krise viele meinen, es gehe heute um die Rückkehr zu jener Normalität, die wir vorher hatten. Und dass die Corona-Krise in eher abgeleiteten Bereichen des Arbeitens und Lebens in globaler Arbeitsteilung ausgebrochen ist, tut ein Übriges dazu. Abhän-

gige Beschäftigung ist uns nur allzu selbstverständlich – und die Abhängigkeit dabei nicht allzu sehr bewusst – jedenfalls solange soziale Absicherungen und so etwas wie konstitutionelle Rechte einigermaßen gut funktionieren. Sie gelten dann ja allgemein und sind institutionell sehr tief verankert. Dass so der Wunsch der Rückkehr ins normale Leben gleichsam ‚spontan‘ vorhanden ist und so vom ‚Politikbetrieb‘ leicht angesprochen werden kann, liegt nahe, Anlass für widerständigen Protest finden da eher die, die mit Gründen fürchten müssen, dass er ihnen bald versperrt sein wird, der Weg in eine Zukunft, die noch lebenswert sein kann, die die Arbeitswelt mit allen ihren Zwängen noch gar nicht kennen lernen mussten, dafür in Köpfen aber freier darin sind, die ökologischen Gefahren ziemlich klar zu sehen. Oder es entstehen, wie bei ‚Black Life matters‘, Bewegungen aus Anlässen heraus, die nun im Alltag von bestimmten Schichten und Milieus nicht mehr ganz so leicht ‚verschwinden‘, weil der von den Folgen von Corona besonders schwer betroffen ist.

12. Wenn dann, im Blick auf das, was sich neu bewegt, jenseits der der altbekannten Felder mit ihren Kämpfen um institutionalisierte sekundäre Teilhabe und Macht die Frage aufwirft nach den Perspektiven, nach den Chancen einer „Mosaiklinken“, und dazu auffordert nachzudenken über Wirtschaftsdemokratie und Gewerkschaften (Urban 2013), kommt man zurück zum Anfang dieser Thesen: Ein Ausgangspunkt von potenziell sehr großer Kraftentfaltung liegt dann darin, die Frage wirklich aufzuwerfen nach dem Zusammenhang von Arbeit und Demokratie - und zwar beginnend auf den Ebenen von Arbeitsplatz und von Betrieb. Stellt man diese Frage im Hinblick auf Rechte nach wirklicher Mit- und Selbstbestimmung auch hier, dann geht es um institutionelle Sicherungen, um neu verknüpfte und gestärkte individuelle und kollektive Mitbestimmungsrechte. Es geht dann darum, dass die Arbeitenden selbst, am Arbeitsplatz beginnend ihre Rechte fordern, die für das Selbstverständnis einer demokratischen Gesellschaft im Grunde selbstverständlich sind, und dass sie damit beginnen, um deren Durchsetzung zu kämpfen, dass damit begonnen wird, damit, Arbeit und Demokratie von unten neu zu denken.

V. Die Corona-Krise als Brennspeigel, als Risiko und Chance– 12 Thesen

1. Der Blick auf die Corona-Krise, den unsere Welt uns nahelegt, die Welt des demokratischen Projekts unserer Moderne mit ihrem Raum demokratisch-repräsentativer Herrschaft, der Blick ist fragwürdig: Unsere *Westliche Zivilisationsgemeinschaft*, die sich versteht als eine Herrschaftsform, und zwar die beste aller schlechten, zielt auf den Weg zurück, zurück zum altgewohnten, dem was ihr lange Zeit als wohlgeordnet, vorbildlich sogar erschien. Doch diese Welt ist längst zutiefst gezeichnet von krisenhaft erlebten Fehlentwicklungen

gen. Und der Weg zurück, er ist versperrt. Es wäre Zeit sich derer zu erinnern, die, so Hannah Arendt, schon vor über fünfzig Jahren schrieben, unsere Zivilisationsgemeinschaft befände sich auf einem Weg der letzten Chance, sich weiter zu erneuern, um sie fortzusetzen, unsere *kleine menschliche Ewigkeit* auf dem Planeten Erde¹⁷.

2. Ja die Corona-Krise, sie beschleunigt und verschärft Zuspitzungen, oder auch den Ausbruch all der Krisenpotenziale, die sich aufgebaut haben in Jahrzehnten – und sie eröffnet einen anderen, klaren Blick darauf. „Traumschiff-“ und Flugreisen in einer immer mehr vernetzten und globalisierten Welt, bieten wohl nicht nur für kurze Zeit keine Wachstumsmärkte mehr. Globalisierung wird erstmals, und wenn auch nur partiell, als falsch und überzogen angesehen – jedenfalls auf jenem Feld, das heute, ganz dem Wahn entfesselter Vermarktlichung entsprechend, Gesundheitswirtschaft heißt. Und die soziale Spaltung der Gesellschaft wird klarer nun erlebt als eine, in der Menschenleben abgewogen werden. Achille Mbembe hat uns das überzeugend dargelegt.¹⁸ Wir könnten uns daran erinnern, dass das zu Beginn des demokratischen Projektes unserer Moderne einmal anders klang beim großen Philosophen Kant – und wir könnten dann vielleicht doch noch damit beginnen, Aufklärung neu zu denken – und zu begreifen, dass sie gerade erst begonnen hat.
3. Die Krise zeigt, wie Märkte funktionieren, und sie zeigt zugleich, dass eben nicht der Markt allein regiert. Es mag ja viele überraschen, doch Wirtschaftspolitik gewinnt von Neuem an Gewicht. Zunächst nur einzelstaatlich, und das ist, so werden manche denken, zuletzt doch aussichtslos. Denn am Ende sind die Global Player, die den Lauf der Welt bestimmen auf Märkten, die dann ganz zuletzt die Regeln setzen, doch Weltkonzerne, selbst fast anonyme Mächte, hinter denen aber Namen stehen von Multimilliardären, die manche für die wahren Player halten, die großen Macher und die Sieger in dem immer gleichen Spiel, in dem wir alle funktionieren müssen. Doch wer will, dass dieses Spiel so weiterlaufen kann, der fordert jetzt, dass Staaten reagieren. Und dort regiert die Politik, verkörpert durch Repräsentanten ihrer Bürger*innen, die spüren: da ist viel Sand in dem Getriebe dieses großen Spiels. Und so entsteht die Möglichkeit, dass wir heute vielleicht doch noch den ersten Schritt zu Eurobonds erleben – als Chancen dazu, neu darüber nachzudenken, ob

¹⁷ Beide Formulierungen, die von der *atlantischen Zivilisationsgemeinschaft*, und die von unserer *kleinen menschlichen Ewigkeit* finden sich bei Hannah Arendt – in ihren nachgelassenen Schriften zur Politik und ihrem letzten, vielleicht philosophischsten Buch *Vom Leben des Geistes* (Arendt 1993 und 1979).

¹⁸ Achille Mbembes nicht gehaltene Rede *Die Leben wägen. Covid 19 hat eine Reihe von dunklen Ahnungen bekräftigt, hat uns das Chaos, die Gewalt und die Ungerechtigkeit vor Augen geführt, die die Welt strukturieren*, wurde abgedruckt in der Süddeutschen Zeitung am 05.08. 2020

wir nicht durch (zusammen)Handeln anders eingreifen können, politisch, in das ‚freie‘ Spiel der Märkte.

4. Zugleich ist aber klar: der Staat muss Schulden machen, dass die Wirtschaft weiter läuft trotz der massiven Störungen der Lock-Downs. Und immer wieder werden wir dann gleich daran erinnert, Schulden zu machen, das ist gar nicht gut. In unserem kleinen Alltag ist das ja auch wirklich ziemlich schlecht. Und wir wissen aus Erfahrung, woher der Staat das Geld, sie zu bezahlen, holen wird: von uns, den Steuerzahlern - und wieder aus dem Grund, dass so die Wirtschaft weiter läuft. Doch wessen Wirtschaft soll so laufen? Und wer ist es eigentlich, dessen Schuldner wir somit am Ende sind? Und wer denn eigentlich hat da zuvor über die Verhältnisse gelebt? Solche Fragen könnten vielleicht aufgeworfen werden im Zuge dieser Krise. Und wer weiß, wohin das führt, ob mit den Risiken sich da womöglich Chancen auftun vor so Fragen- den? ¹⁹
5. Wir machen derzeit auch Erfahrungen mit einer Politik der Angst. Wir sehen, wie sie dort versucht wird, wo schon Autokraten herrschen. Und die versprechen dann, dass sie schon alles richten werden – jedenfalls für die, die gläubig sich um sie herum zusammen scharen – und sofern es nur gelingt, die Fremden, alles Fremde, vor den Grenzen fernzuhalten. Aber in unserer Gesellschaft, in der Demokratie, die repräsentativ verfasst ja immerhin noch halbwegs funktioniert, da droht er auch der rechte Populismus. Hier, wo die Solidarität im ‚Spiel des Lebens‘ eher erodiert, in der wir uns als Einzelne behaupten sollen auf den Märkten, die fast alles regulieren sollen, verschafft wachsende Unsicherheit den neuen, alten ‚Rattenfängern‘ Zulauf. Doch wir erleben auch in diesen Tagen, dass sie neu entstehen kann, die Solidarität. Wir könnten anders miteinander leben. Soziale Distanzierung fordert diese Krise - doch zugleich entsteht damit auch eine neu erlebte Nähe - mit Menschen und auch mit und in Natur.²⁰
6. Und die Krise ist, so merken wir, die große Stunde der Administration. Wir erleben wie sie sehr viel Kraft entwickelt zum Ausbau von Kontrolle. Um diese Pandemie nun endlich einzudämmen, ist das unausweichlich. Warn-Apps sind da plausibel, und manches Andere ganz sicher auch. Aber was so geschieht, das hat zwei Seiten. Die Ambivalenz, die Möglichkeit, dass neues Herrschaftswissen so entsteht, ist ja nicht von der Hand zu weisen. In China, und dann eben nicht nur dort, wird uns das derzeit eindrucksvoll gezeigt. Und Risi-

¹⁹ Und wir könnten, spätestens seit Keynes, gut wissen, dass die Banken Giral- und Buchgeld schöpfen „aus dem Nichts“, wie auch schon Schumpeter schrieb. Doch das ist heute an den Rand unseres akademischen Wissens gerückt worden. Was heute herrscht, sind normativ begründete Interessen nach Reichtumsmehrung und Geldwertstabilität. Siehe zu dieser Argumentation überzeugend den jüngsten Beitrag von Michael Wendt *Müssen Staatsanleihen zurückgezahlt werden? Über Vorurteile und Mythen*, in *Sozialismus* 11/2020, S. 52-56.

²⁰ Siehe dazu meine Argumentation in *Die Corona-Krise als Störung des Weiter-so*, in: *Sozialismus* 10/2020, S. 57-62.

ken der Krise sind auch hier bei uns nicht von der Hand zu weisen, wo die Demokratie das Licht der Menschenwelt zuerst erblickt hat, und wo sie nach mehr als zweitausend Jahren von Neuem unsere Wirklichkeit verändert hat. Es gibt sie also auch bei uns: Ambivalenzen. Risiken und Chancen werden wir in jeder Krise finden.

7. Wir konnten so zum Beispiel sehen, wie der Umgang mit der Wissenschaft sich rasch verändert hat – und das ist folgenreich in mancher Hinsicht. Man kann nun lernen, wie sie funktioniert die Wissenschaft, auch wenn man sonst nur sehr entfernt von dem Getriebe lebt, in dem sie boomt. Wir begreifen, dass sie immer Zeit braucht für die Produktion von neuem Wissen, und wie weit dieses Wissen trägt – und dass es dann stets seine Grenzen hat, wie sorgfältig und gut fundiert auch immer es verheißen wird. Und wir erkennen auch, dass eine Politik, die wohl begründet sein soll, ihre Erkenntnisse nicht ignorieren darf. Hier liegen neue Chancen – zum Beispiel für Bewegungen gegen die Klimakrise, die uns droht – und über die die Wissenschaft uns vieles, längst gut gesichertes zu sagen weiß.
8. Zu viele aber suchen Antworten, sofort und klar und von Eindeutigkeit. Die Elixiere unsrer Wissenschaft, die derzeit oft versprochen werden, wie uns Hans-Magnus Enzensberger zeigt, sind da das Eine.²¹ Die Hoffnung auf die starken Männer in der Politik, die ihnen dann ein klares Lösungswort anbieten, ist das Andere. In einer Lage, die zu Zeiten dieser Pandemie ganz neu und eher zwar, doch immer noch nur schwer durchschaubar ist, Ambivalenzen auszuhalten, das ist ihre Sache nicht. Selbst nach-zudenken, das will eben auch gelernt sein. Und es geht ums selber Denken, ‚Selbertun‘, wie es in einem alten Volkslied einmal hieß. Wer das nicht lernen will, der erliegt ihr leicht, der ‚Pose der Autorität‘, die uns unterwürfig machen will – und sich darin bewährt hat – seit Jahrtausenden. Der Psychologe Arno Gruen macht darauf aufmerksam.²² Und das ist, wie wir aus der Geschichte wissen können, nicht nur ein Risiko, nein das ist immer wieder wirklich die Gefahr!
9. Uns wird so nicht zuletzt ein Unterschied bewusst, der höchst gewichtig ist – der zwischen autokratischen Regierungen, die tendenziell faschistisch sind, und jener liberalen, demokratischen Gesellschaft, in der wir heute noch leben. Doch deren überzeugte Wortführer und Meinungsbildner die sehen nie das ganze Elend dieser Welt, das in den ersten dieser Thesen knapp umrissen worden ist. Man kann sich ja erklären, dass sie in jenem Ordnungsbild gleich-

²¹ Siehe hierzu Enzensbergers Buch *Die Elixiere der Wissenschaft. Seitenblicke in Poesie und Prosa*, Frankfurt am Main 2002 sowie zu meiner Rezeption dieses Buches Martens

²² Pointiert dargelegt findet sich diese Argumentation in Arno Gruens Aufsatz *Wie Frieden?*, Er ist erschienen in dem von Margot Käßmann und Konstantin Wecker 2015 herausgegebenen Band: *Entrüstet Euch! Warum Pazifismus für uns das Gebot der Stunde bleibt. Texte zum Frieden*.

sam gefangen sind, das nach der Katastrophe zweier großer Kriege und jener Herrschaftsformen - die Hannah Arendt dann zu Recht totalitär genannt hat, und für die Albert Camus von Terror spricht²³ - für einige Jahrzehnte trug. Das jedenfalls galt hier, in unserer Zivilisationsgemeinschaft, von der vor fünfzig Jahren wiederum Hannah Arendt sagte, dass sie in unsrer Gegenwart wohl ihre letzte Chance hat. Die Krise zwingt uns nun, neu und anders zurück, vor allem aber auch voraus zu blicken.

10. Der alte Fortschrittsglaube in eine grenzenlose, herrschaftliche Kraft der Wissenschaft, in jene Elixire, welche sie verspricht, oder in das stete Wachstum einer Wirtschaft, die längst die Unbewohnbarkeit dieses Planeten drohen lässt, werden erschüttert. Schleichend ist das seit langem spürbar. Einige bemerken, dass ein Elixier eben ein Zaubertrank ist, den es für uns nicht gibt. Probleme, die sich wolkengleich vor uns auftürmen, sind seit langem kaum zu ignorieren. Sie verdunkeln unsre Zukunft. Was wir also suchen müssen, das sind neue Lösungswege. Und der genaue, unverstellte Blick auf jene alte Ordnung, die näher betrachtet, ein ‚ordentliches‘ Leben Aller länger schon nicht sichern kann, ist dafür unverzichtbar. Die These lautet, dass derzeit diese Corona-Krise solchen Blick erleichtert – und erzwingt.
11. Wir haben damit längst noch keine große Antwort – und die womöglich zu verkünden, das ist in keiner Weise hier das Ziel. Doch was wir aus dem eben dargelegten lernen könnten, wäre, dass es vielleicht um kleine Teilantworten geht, um erste Einzelschritte, die in eine neue Richtung weisen – und dann darum, aus ihnen stetig neu zu lernen. Die, die uns versprechen, die eine große Antwort schon recht gut zu kennen, das sind die Autokraten – oder jene, die dazu erst werden wollen – die verliebt sind in sich selbst, besessen von der Macht, die sie ergreifen wollen und die doch sie ergreift.- und die voll sind von Verachtung gegenüber jenen, die sich ihrer Machtbesessenheit und der andren Herrschaftsordnung, die sie wollen, fest entgegenstellen. Doch auch auf die, die ihnen blind als Masse folgen sollen, blicken sie bestenfalls abschätzig nur herab.
12. Und damit kommen wir erneut an jenen Punkt, an dem die Frage auftaucht, ob und wie nun unser demokratisches Projekt, für das so viele kämpften, in mehr als zwei Jahrhunderten, und dem wir einiges verdanken, von uns weiter entwickelt werden kann. Dann aber geht es nicht darum, verächtlich über die zu schimpfen, die heute als Repräsentanten ihrer Wähler*innen Herrschaft ausü-

²³ Die Formulierung vom *Elend der Welt* spielt an auf die Untersuchung von Pierre Bourdieu(1997), geschrieben lange vor den Zuspitzungen multipler Krisenentwicklungen heute und zielend auf das schon davor alltägliche Leiden der Menschen an ihrem Alltag im Zeichen des fortschreitenden neoliberalen Projekts. Zu den weiteren Bezügen auf *Formen totaler Herrschaft* sowie den unter ihnen ausgeübten Terror siehe das Totalitarismus-Buch Hannah Arendts sowie Albert Camus *Der Mensch in der Revolte*.

ben, indem sie für uns politisch handeln. Nein, dann geht es darum, dass wir alle uns zu Wirtschaftsbürger*innen machen sollten, die politisch aktiv handeln können. Der öffentliche Raum fürs Nach-denken und fürs (Zusammen)Handeln wäre deshalb neu zu überprüfen und schrittweise weiter auszubauen. Und wo sind wir denn kompetenter, als Demokraten aktiv mitgestaltend handelnd einzugreifen, als dort, wo wir ja ohnehin den Reichtum dieser Welt gemeinsam mehren, und weiter mehren wollen. Arbeit demokratisch zu gestalten – und von hier aus schließlich auch die Fähigkeit uns zu erringen, die Märkte, die ja unverzichtbar sind, so einzubetten, ihnen Regeln neu zu setzen, dass wohlfundiert sozialer Fortschritt endlich zu einem Ziel ihrer, und dahinter unserer produktiven Kräfte wird, zu einem Ziel, das nie ein Paradies sein wird, doch das wir selbst gestalten - (zusammen)handelnd in einem öffentlichen Raum, den weiter zu entwickeln wir herausgefordert sind, zu einem Raum der Freiheit, dem der Politik.

In den Texten verwendete Literatur

- Anderson, E. (2019): Private Regierung. Wie Arbeitgeber über unser Leben herrschen (und warum wir nicht darüber reden), Berlin
- Arendt, H. (1974): Über die Revolution, München-Zürich
- (1979) Vom Leben des Geistes. Das Denken, . Das Wollen, München
 - (1993): Was ist Politik? Fragmente aus dem Nachlass, Hgg. Von U. Ludz, München-Zürich
- Bischoff, J.; Müller, B. (2020): Auf wessen Schultern? Die Corona-Pandemie befördert die soziale Ungleichheit, Supplement zu Heft 11/2020 der Zeitschrift Sozialismus
- Bourdieu, P. (1997): Das Elend der Welt, Konstanz
- Camus, A. (2016) Der Mensch in der Revolte (31. Auflage), Reinbek bei Hamburg
- Dörre, K. (2020): Zur ökologischen Notwendigkeit einer Nachhaltigkeitsrevolution. Welche Rolle spielen die Gewerkschaften? Luxemburg Lecture von Klaus Dörre 3.10. 2020 :<https://www.rosalux.de/mediathek/media/element/1357?cHash=180807343659e79cf291106752b80ab8>
- Enzensberger; H. M. (2002): Die Elixiere der Wissenschaft. Seitenblicke in Poesie und Prosa, Frankfurt am Main
- Freeland, C., (2013): Die Superreichen. Aufstieg und Herrschaft einer neuen globalen Geldelite, Frankfurt am Main
- Gotto, B. (2019): Erinnerungskulturen sozialer Demokratie. Ein schöngeredeter Mißerfolg? Erinnerungen an das 1976er Mitbestimmungsgesetz. Arbeitspapier aus der Kommission „Erinnerungskulturen der sozialen Demokratie“, Düsseldorf, hbs-de
- Gruen, A. (2015): Wie Frieden? In Käßmann, M.; Wecker, K. (Hg.) (2015): Entrüstet Euch. Warum Pazifismus für uns das Gebot der Stunde bleibt. Texte zum Frieden, Gütersloh, S. 114ff
- Herzog, L. (2019) Die Rettung der Arbeit. Ein politischer Aufruf. München
- (2020): Statement auf dem Podcast ‚Democratize Work!‘ Folge 1 des Forum Neue Politik der Arbeit
- Hierschel, D. (2020): (2020): Statement auf dem Podcast ‚Democratize Work!‘ Folge 1 des Forum Neue Politik der Arbeit
- Martens, H (2015): Enzensbergers „Elixiere der Wissenschaft“ – Reflexionen über wissenschaftlichen und sozialen Fortschritt, www.drhelmutmartens.de
- (2019): Warum in die Ferne schweifen? Angesichts der Herausforderungen linker Politik ein Blick auf die SP Schweiz, in: spw-Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft, Heft 230, S. 36-71

- (2020a): Arbeit und Demokratie. Die Demokratisierung von Arbeit und Wirtschaft nicht nur praktisch-politisch sondern auch philosophisch fundiert neu denken, Dortmund
 - (2020b): Die Corona-Krise als Störung des ‚Weiter-so‘, in: Sozialismus, 10/2020, S. 57-58
 - Zinn, K. G. (2015): Vom Kapitalismus ohne Wachstum zur Marktwirtschaft ohne Kapitalismus, Hamburg
 - (2021): Im Angesicht der Krise unseres demokratischen Projekts der Moderne, in Sozialistische Politik und Wirtschaft (spw), Heft 1/2021 (im Erscheinen)
- Mbembe, A. (2020): Die Leben wägen. SZ 05.08. 2020
- Meine, H.; Schumann, M.; Urban, H.-J. (Hg.): Mehr Wirtschaftsdemokratie wagen!, Hamburg
- Negt, O.; Kluge, A. (1981): Geschichte und Eigensinn, Frankfurt am Main
- Piketty, T. (2014): Das Kapital im 21. Jahrhundert, München
- Schmitz, C.-; Urban, H. –J. (Hrsg): Gute Arbeit – Ausgabe 2012. Demokratie in der Arbeit. Eine vergessene Dimension der Arbeitspolitik?, Frankfurt am Main
- Sennett, R. (2014): Zusammenarbeit. Was unsere Gesellschaft zusammenhält, München
- Twain, M.; Warner, C.,D. (2010). Das vergoldete Zeitalter. Eine Geschichte von heute, Berlin, Deutsche Erstveröffentlichung 1876
- Urban, H.-J. (2013): Der Tiger und seine Dompteure. Wohlfahrtsstaat und Gewerkschaften im Gegenwartskapitalismus, Hamburg
- Wallerstein, I. (2004): Absturz oder Sinkflug des Adlers? Der Niedergang der amerikanischen Macht, Hamburg
- Wendl, M. (2020). *Müssen Staatsanleihen zurückgezahlt werden? Über Vorurteile und Mythen*, in Sozialismus 11/2020, S. 52-56.
- Wermuth, C.; Zwicky, P. (2017): Make Social Democracy Great Again. 10 Thesen zum transformatorischen Aufbruch der Sozialdemokratie, in: Widerspruch, Heft 69, 2017, S. 79-92